

DIE LINKE.

Dirk Hoff
Ostpreussenstr. 10
61381 Friedrichsdorf

Friedrichsdorf, den 21. August 2018

An den
Stadtverordnetenvorsteher
im Rathaus
[REDACTED]
Hugenottenstr. 55
61381 Friedrichsdorf

Antrag zur Stadtverordnetenversammlung am 06. September 2018 zur Prüfung der benötigten Haushaltsmittel für Vergünstigung von Geringverdienern im Öffentlichen Personennahverkehr

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

bitte nehmen Sie den eingereichten Antrag auf die Tagesordnung unter Punkt B „Anträge der Fraktionen“ als Stadtverordneter der LINKE. auf.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dirk Hoff

Antrag zur Prüfung der bereitzustellenden Haushaltsmittel für Vergünstigungen von Menschen mit geringem Einkommen bei der Mobilität

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Friedrichsdorf wird gebeten, die bereitzustellenden Haushaltsmittel für einkommensschwache Menschen, insbesondere die folgend infrage kommenden Personengruppen

- Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB II+XII
- Empfänger von Grundsicherung im Alter nach SGB XII
- Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Personen mit Einkommen zur aktuell bis 30.09.2019 gültigen Pfändungsfreigrenze von 1.140 €

im Rahmen des Friedrichsdorf-Passes bezüglich der Übernahme der Fahrtkosten des lokalen ÖPNV-Angebots (TG 5120) inkl. der Nutzung von Rabattangeboten des RMV in folgenden Varianten ergebnisoffen zu ermitteln:

- a. Ausweitung des Angebots für eine Kostenübernahme der RMV-Monatskarte im Tarifbereich Friedrichsdorf (aktuell 44,90 €)
- b. Übernahme der Ausgaben für die Differenz zwischen Anteil des gesetzlichen Regelsatzes und Wert einer Monatskarte im lokalen RMV-Angebot (aktuell 10,24 €)

Das Ergebnis kann in einer anschließenden Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales bekannt gegeben werden.

Begründung:

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei der Grundsicherung sind die Kosten für Verkehrsnutzung mit aktuell 34,66 Euro für die lokale Ebene nicht kostendeckend eingerechnet.

Da eine Zeitkarte im RMV-Tarifgebiet 5120 monatlich 44,90 Euro kostet, müssen die betroffenen Personen die notwendige Mobilität über Einsparungen in anderen Bereichen des Erstattungssatzes erlangen. Zur Gewährleistung der Mobilität auf lokaler Ebene ist es aus meiner Sicht geboten, den Beziehern von Ersatzleistungen unter dem Existenzminimum und auch Menschen mit geringem Einkommen diesen Bereich der existentiellen Daseinsvorsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

Aufgrund des Sozialstaatsprinzips sehe ich bis zur vollständigen Übernahme der Leistungen durch den Bund die Kommune in der Pflicht. So haben viele Kommunen inkl. des Hochtaunuskreises (u.a. in Bad Homburg) diese kommunalen Leistungen in ähnlicher Form unabhängig von der aktuellen Finanzlage seit Jahren bereits in ihre Sozialpässe aufgenommen.

Es scheint mir sinnvoll, den Prüfungsauftrag im Sinne der Gleichbehandlung auf die Personengruppen mit geringem Einkommen auszudehnen.

Um eine unbürokratische Inanspruchnahme zu gewährleisten, wäre bei entsprechender Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Zukunft eine Erweiterung des bestehenden Friedrichsdorf-Passes um diese Leistung für Menschen mit geringem Einkommen sinnvoll, um den Prüfungsaufwand zu minimieren.

Friedrichsdorf, den 21. August 2018

Dirk Hoff
Stadtverordneter DIE LINKE.